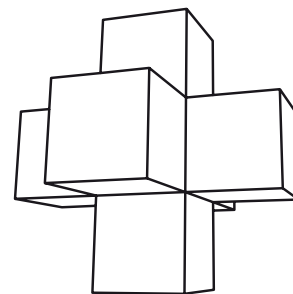


Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen	2	Geits no?	2	FDP-Frauen	14	Kreuzworträtsel	22
Kopf des Monats	2	Brennpunkt	3	Jungfreisinnige	16	FDP intern	23

30. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

Zukunft der FDP

Die eidgenössischen Wahlen und die Bundesratswahlen vom 12. Dezember haben die politische Landschaft, aber auch die Situation für die FDP, verändert. Bisher war die FDP die einzige bürgerliche Reformpartei. Nun ist sie auch die einzige liberal bürgerliche Regierungspartei – und diese Chance gilt es zu packen!

Seite 3, 12, 13

KMU-Steuerreform

Die Schweiz ist ein Land mit vielen Klein- und Mittelunternehmen. Die Stärken der Schweiz müssen erhalten und auszubauen. Attraktive Steuerbedingungen sind für Unternehmen ein zentrales Anliegen. Die KMU-Steuerreform auf Bundesebene, über die wir am 24. Februar abstimmen, bringt in vielerlei Hinsicht Verbesserungen.

Seite 10, 18, 19

«flamme radicale»

Marianne Dürst tritt nach sieben Jahren als Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz zurück und gibt die «flamme radicale» weiter. Sie hinterlässt nicht nur eine Lücke sondern vor allem eine selbstbewusste und meinungsstarke Kraft innerhalb der FDP.

Seite 14, 15

Bundespräsidium in freisinnigen Händen

Pascal Couchepin und Hans-Rudolf Merz wurden mit einem Glanzresultat in den Bundesrat wiedergewählt. Ausserdem stellt die FDP sowohl den Bundespräsidenten als auch den Vizepräsidenten.

Die beiden FDP-Bundesräte wurden mit dem besten Resultat gewählt. Pascal Couchepin wurde zum zweiten Mal zum Bundespräsidenten – Hans-Rudolf

Merz zum Vize-Präsidenten gewählt. Auch dies jeweils mit Glanzresultaten. Diese Erfolge wurden ausgiebig gefeiert.

Seite 2, 6, 7

Ein solider Staat, nicht mehr und nicht weniger

Oft werden wir Freisinnigen mit der Gretchenfrage konfrontiert: Wie hältst du es mit dem Staat? Diese Frage ist relativ leicht zu beantworten, wenn man zur Einsicht gelangt: Wir wollen einen soliden Staat, nicht mehr und nicht weniger.

Es gibt schematisch drei verschiedene Arten, dem Staat gegenüberzutreten.

Bei der sozialistischen Haltung verkörpert der Staat das «Gute». Darum soll er sich möglichst überall einmischen. Alles, was der Staat macht, ist dem privaten Interesse übergeordnet. Je mehr der Staat macht, desto besser.

Die libertäre Haltung sieht den Staat als grundsätzlich schlecht an. Man will ihn eindämmen. Kollektive Interessen sollen wie in den USA via private Organisationen thematisiert werden. Man favorisiert das Prinzip der «class action» (Sammelklagen). Je weniger der Staat macht, desto besser.



Pascal Couchepin

Die dritte Ansicht, die These des europäischen Liberalismus, ist folgende: Seit Montesquieu wissen

wir, dass der Staat auch Werte verteidigt. Prinzipien wie die Gewaltenteilung oder die «checks and balances» sind die grossen Errungenschaften des liberalen Staats. Wir Freisinnigen wissen aber auch, dass der schweizerische Staat wichtige Glanzleistungen wie die ETH, Bahn, Post oder auch die Einführung der gemeinsamen Währung initiiert hat.

Wir Liberalen sagen daher: Wir wollen einen soliden Staat, nicht mehr und nicht weniger. Ein Staat, der zusammenbricht, nützt niemandem etwas. Ein Staat hingegen, der vollgepumpt ist, wird träge und konzentriert sich nicht mehr auf seine wesentlichen Aufgaben.

Der Staat soll nicht auf Vorrat Subventionen sprechen. Er soll aber seine ihm zugewiesenen Aufgaben erfüllen können. Ein solider Staat eben, nicht mehr und nicht weniger.

Pascal Couchepin

Köpfe des Monats

Pascal Couchepin und Hans-Rudolf Merz



Unsere beiden Bundesräte, Pascal Couchepin und Hans-Rudolf Merz, wurden am 12. Dezember mit Glanzresultaten wieder in den Bundesrat gewählt. Beide Magistraten erzielten beste Resultate (BR Merz 213 Stimmen, BR Couchepin 205 Stimmen). Dies ist der verdiente Lohn für ihre unermüdliche Arbeit.

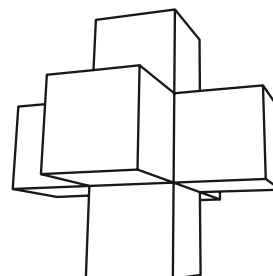
Die Schweiz hat in diesem Jahr mit Pascal Couchepin einen Bundespräsidenten und mit Hans-Rudolf Merz einen Bundes-Vizepräsidenten – beide mit dem Format eines Staatsmanns.

Dafür sind sie unsere Köpfe des Monats.

Geits no?

Die «Arena» bezeichnete ursprünglich einen «sandigen Platz». Im römischen Reich wurde dieser Platz zur Kampf-Arena, in der sich die Gladiatoren unbarmherzig und bis aufs Blut bekämpften. Genau dies möchte natürlich das Schweizer Fernsehen mit der gleichnamigen Sendung auch erreichen. Deshalb gab man Mitte Januar Christoph Blocher anlässlich seines Albigüetli-Auftritts einen Platz in

der «Arena» und lud die anderen Bundesratsparteien ein, auf dass man sich bekämpfe. Weil diese aber nicht als Kulisse für eine Oppositions-Inszenierung dienen wollten, schlug man die Einladung dankend aus. In der Folge diskutierten ein Alt-Bundesrat, ein Alt-Parteipräsident und ein Alt-Professor vor leeren Rängen. Und die «Arena» wurde damit wieder zu dem, was sie einmal war: zu einem sandigen Platz.



Diese Chance packen wir!

Die eidgenössischen Wahlen und noch mehr die Bundesratswahlen vom 12. Dezember haben die politische Landschaft der Schweiz verändert. Die neue Situation ist eine Chance. Unsere Rolle wurde gestärkt.

Von FDP-Präsident Fulvio Pelli

Bisher war die FDP die einzige liberal bürgerliche Reformpartei. Nachdem die CVP nach links und die SVP ins Oppositionsexil trudeln, sind wir auch die einzig liberal bürgerliche Regierungspartei.

Diese Chance müssen und wollen wir packen! Aber uns wird nichts geschenkt werden. Wir werden an zwei Fronten kämpfen müssen.

Erstens gegen Mitte-Links: Hier ist klar – für die FDP wird es keine Wiederholung der «Koalition der Vernunft» der 80er und 90er Jahre geben, als wir mit CVP und SP Schönwettergesetze und Defizite zimmerten. Druck kommt gerade von der CVP. Die Strippenzieher vom Dezember wetzen nun ihre Messer für einen zweiten Sitz im Bundesrat, unseren Sitz. Auch hier wird der Bruch mit der politischen Kultur in Kauf genommen. Denn die FDP ist drittstärkste Partei. Können wir eng mit einer Partei zusammenarbeiten, welche die eine Hand zur



Fulvio Pelli

Zusammenarbeit ausstreckt, in der anderen aber bereits den Dolch hinter dem Rücken versteckt?

Druck wird auch von der SVP kommen. An die SVP haben wir in den vergangenen 15 Jahren Wähler verloren. Nun hat die SVP die Opposition gewählt. Opposition oder Opportunismus? Heute ist sie die Mehrheitsbeschafferin für bürgerliche Lösungen und übernimmt

so die traditionelle Rolle der CVP. Die SVP wird zum Zünglein an der Waage. Sie wird also doppelzünftig. Ihren gradlinigen Kurs verliert sie, wie der Slalom in Gesundheitsvorlagen in der Wintersession zeigte. Als Oppositionspartei wird die SVP uns, die liberale Regierungspartei, systematisch angreifen. Seien wir deshalb nicht SVP-lastig, sondern SVP-lästig.

Wir müssen uns vorbereiten

In den nächsten Jahren werden Sturmwinde von Rechts und Links kommen. Hier liegt unsere Herausforderung! Unser Verhalten entscheidet darüber, ob wir diese Chance packen.

1. Wir müssen verstehen, weshalb wir verloren haben. Die Fehler der Vergangenheit können wir uns nicht mehr leisten. Andernfalls nutzen andere unsere Chance.

2. Am 19. April werden wir einen Parteitag durchführen; bis zu diesem Zeitpunkt müssen wir unsere

Wahlplattform fokussieren und unseren Parteiapparat modernisieren. Wir müssen bereit sein, die politischen Stürme der kommenden Jahre zu meistern. Dann müssen die Mannschaft und deren Spielregeln bestimmt und der Kurs für 2011 festgelegt sein.

Die liberalen Herausforderer

Als einer der ersten Schritte müssen wir unser Selbstverständnis ändern. Auf nationaler Ebene sind wir mit 16% der Wählerstimmen nicht mehr die für alles verantwortliche Leaderpartei. Wir sind die liberalen Herausforderer. Wir fördern ein Klima von Fortschritt und Wettbewerb; stehen für die persönliche Freiheit und Eigenverantwortung in Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Diese Einstellung fokussiert uns auf liberale Positionen und macht die Marke FDP – Wir Liberalen unverwechselbar.



Fulvio Pelli zeigte sich bei seiner Rede kämpferisch und optimistisch ...



...und erntete dafür eine stehende Ovation.

Resolution der Delegiertenversammlung

Bilaterale Abkommen unterstützen – Wirtschaftswachstum und flexiblen Arbeitsmark sichern

Der bilaterale Weg der Schweiz ist ein Erfolg. Die Bilateralen Abkommen mit der EU tragen zum wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz massgeblich bei. Konsumentinnen und Konsumenten profitieren von einer tiefen Inflation, die Schweizer Exporteure vom hohen Wachstum der neuen EU-Staaten.

Der bilaterale Weg ist weiterzuführen. Die Personenfreizügigkeit ist nicht in Frage zu stellen und auf die neuen EU-Staaten Rumänien und Bulgarien auszudehnen. Dies ist eine logische Folge des bilateralen Wegs.

Die FDP ruft alle Kräfte, welche die Schweiz in Richtung Erfolg bewegen wollen, zur gemeinsamen

Position in folgenden Bereichen auf:

- Verzicht auf Referenden und unheilige Allianzen gegen den bilateralen Weg.
- Verhinderung zusätzlicher flankierender Massnahmen, namentlich im Arbeitsrecht. Die Rahmenbedingungen des Standorts Schweiz müssen

weiter verbessert und nicht durch eine gewerkschaftlich angezettelte Interventionsflut verschlechtert werden.

- Einführung langer Übergangsfristen und von Kontingente, wie sie bei der letzten Ausdehnung der Personenfreizügigkeit zum Tragen kamen.

- Probleme im Bereich der Sicherheit werden durch eine konsequente Umsetzung der bestehenden Regelungen gelöst. Allfällige Gesetzeslücken werden geschlossen.

Die Resolution wurde am 19. Januar 2008 anlässlich der Delegiertenversammlung in Rapperswil einstimmig angenommen.

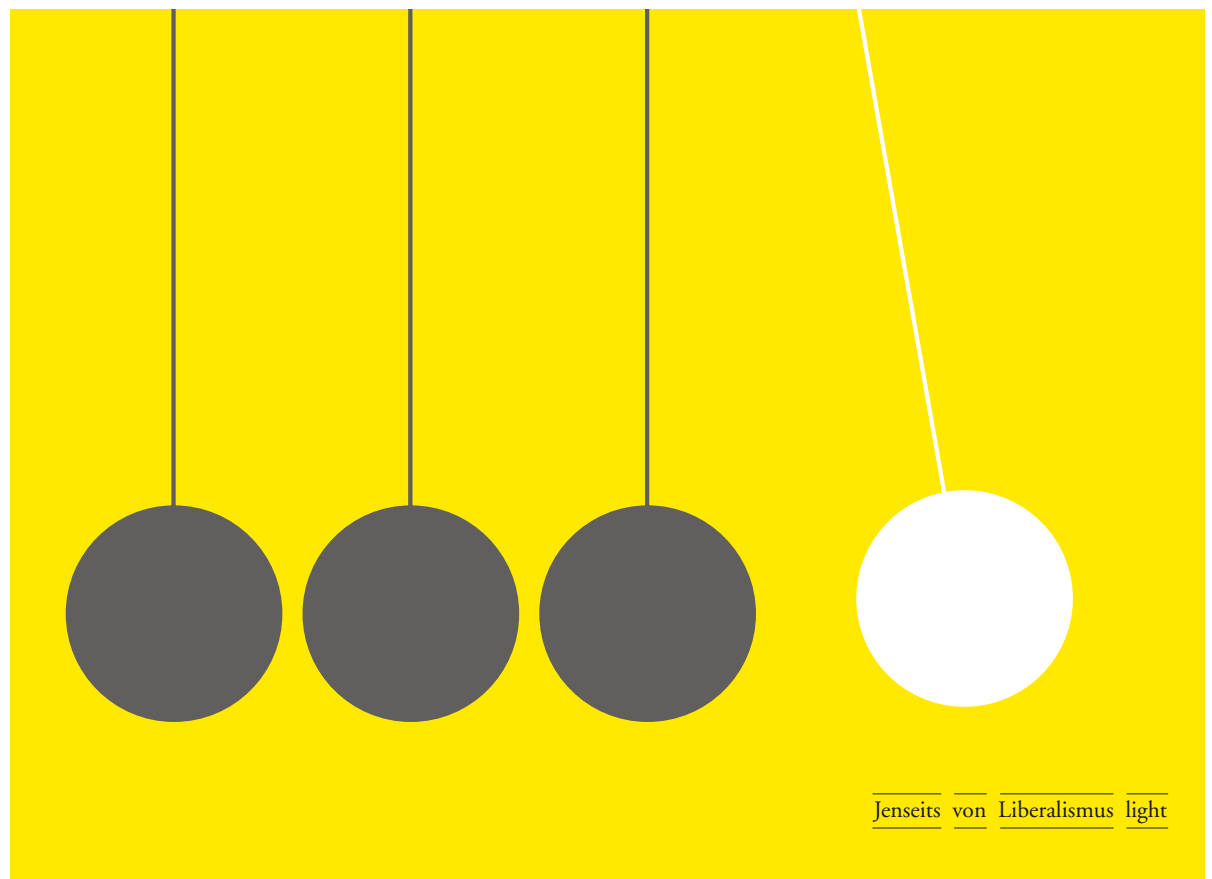
Jenseits von Liberalismus light

Kaffee – aber bitte ohne Koffein!
Coca Cola – aber bitte ohne Kalorien!
Liberalismus – gerne, aber bitte in leicht verdaulicher Form, sozusagen mit einer erträglichen Dosis Freiheit, Liberalismus light...

Mit der aktuellen Ausgabe «Jenseits von Liberalismus light» möchten die «Schweizer Monatshefte» ein Zeichen gegen die Beliebigkeit setzen. Und Kalorien für einen zeitgemässen Liberalismus bieten.

Kalorienlieferanten sind u. a. Karin Keller-Sutter, Marina Masoni, Giorgio Agamben, Roland Baader, Pierre Bessard, Peter Gross, Anthony de Jasay, Benno Luthiger, Daniel Model, Gerhard Schwarz und Wolfgang Sofsky.

Preis der Ausgabe: 17.50 Franken. Bestellung unter: bestellung@schweizermonatshefte.ch



Aargau – Nachruf

Alt-Regierungsrat Victor Rickenbach gestorben



Victor Rickenbach ist am 28. Dezember 2007 in seinem 80. Lebensjahr verstorben.

Seine politische Laufbahn begann Victor Rickenbach 1973, als er als Parteilosser zum Stadtmann in Baden gewählt wurde. Erst nach der Wahl trat er dem Freisinn bei. Die Fortsetzung der politischen Karriere auf kantonaler Ebene liess nicht auf sich warten, kam er doch 1977 in den Grossen Rat. Seine Parteifreunde hatten noch mehr mit ihm

vor: 1984, als Präsident des Grossen Rates, kandidierte er als Regierungsrat. Er setzte sich gegen drei Konkurrenten im zweiten Wahlgang durch und veränderte die aargauische Zauberformel, indem er für die FDP den 20 Jahre vorher an die SP verlorenen zweiten Regierungssitz zurückeroberte.

Victor Rickenbach übte das Amt umsichtig und mit grossem Engagement für sachgerechte Lösungen aus. Er war kein bissiger Parteipolitiker, trotzdem aber durch und durch freisinnig. Er stand der zunehmenden öffentlichen Aufgabenfülle skeptisch gegenüber und mahnte: «was Private tun können, braucht der Staat nicht zu übernehmen». Mit 65 Jahren trat Victor Rickenbach nach acht Jahren als Regierungsrat zurück. Seine Offenheit und seine Umgänglichkeit verschafften ihm bis ins hohe Alter Respekt und Anerkennung.

Die FDP Aargau trauert um ihren Parteifreund und wird ihm ein ehren- des Andenken bewahren.

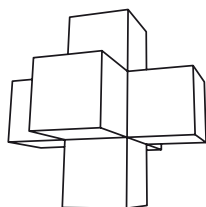
(Quelle: Aargauer Zeitung 29. Dezember 2007, Hans-Peter Widmer)

Zürich

Energieeffizienz in Mietliegenschaften

Mit einer parlamentarischen Initiative will die FDP Zürich die Energieeffizienz in Mietliegenschaften fördern.

Nicht nur bei Mietliegenschaften im Privatvermögen, sondern auch bei Liegenschaften im Geschäftsvermögen sollen energetische Sanierungen steuerlich begünstigt werden. Dies fordert die Zürcher FDP-Fraktion in einer parlamentarischen Initiative. Damit werden auch zwei Umstände berücksichtigt, welche umwelt- und energiepolitisch von grösster Bedeutung sind. 70 % der Schweizer Bevölkerung sind Mieter und 70 % der Wohngebäude wurden vor 1980 errichtet, sind also aus energetischer Sicht sanierungsbedürftig.



Basel-Stadt

Basler FDP will tiefere Vermögenssteuer

Die Basler FDP lanciert eine Volksinitiative zur Milderung der Vermögenssteuer bei Familien und Gewerbe.

Im Kanton Baselstadt ist die Vermögenssteuer wesentlich höher als in den meisten anderen Kantonen, insbesondere ist die Vermögenssteuer höher als in den Nordwestschweizer Nachbarkantonen. Die FDP will den Steuerfreibetrag von 50 000.– für Einzelpersonen und 100 000.– für Ehepaare auf 100 000.– beziehungsweise 200 000.– korrigieren. Die Annahme der Initiative wird zu einer steuerlichen Entlastung von sehr vielen Baslerinnen und Baslern führen. Die Steuerausfälle für den Kanton sind mit jährlich rund 11 Millionen Franken jährlich tragbar.

Thurgau

Die obligatorische Schulzeit harmonisieren

Die FDP Thurgau spricht sich für die Harmonisierung der obligatorischen Schulzeit aus.

Gemäss der Bundesverfassung sind die Kantone verpflichtet, die wichtigsten Punkte in der Bildung einheitlich zu regeln. Der föderalistische Staatsaufbau und die Hauptverantwortung der Kantone im Bildungs- bereich, werden von den Freisinnigen nach wie vor befürwortet. Dies schliesst eine Koordination aber nicht aus, welche den Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft Rechnung trägt.

Luzern

FDP für Stadthygiene

Die Stadtluzerner Freisinnigen setzen sich für die Stadthygiene ein.

Nach verschiedenen Diskussionen und negativen Medienberichten über die öffentlichen WC-Anlagen in der Stadt Luzern, reichte die Grossstadträtin Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion einen Vorstoss ein. Im Vorstoss wird eine Modernisierung der WC-Anlagen gefordert. Im Übrigen soll auch die Erkennbarkeit der Anlagen verbessert werden. In Kernzonen wie dem Bahnhofplatz sollen zusätzliche WC-Anlagen erstellt werden. Damit leisten die Luzerner Freisinnigen einen Beitrag zur Stadthygiene.



Freisinnige Bundesräte – mit Glanzresultaten wiedergewählt

Die FDP-Fraktion gratuliert Pascal Couchepin und Hans-Rudolf Merz für die glanzvolle Wiederwahl in den Bundesrat. Die beiden FDP-Bundesräte erzielten das beste Resultat.

Bei der Gesamterneuerungswahl des Bundesrats vom 12. Dezember 2007 hatten vor allem zwei Bundesräte gut lachen. Pascal Couchepin und Hans-Rudolf Merz erzielten mit 205 resp. 213 Stimmen die absolut besten Resultate aller Bundesräte. Mit Pascal Couchepin als

Bundespräsidenten und Hans-Rudolf Merz als Vize-Präsidenten liegt der Bundesrat nun in freisinnigen Händen. Nach den Bundesratswahlen wurden die beiden Bundesräte am traditionellen Fraktions-Essen gefeiert.



Petra Studer, politische Sekretärin FDP Schweiz, gratuliert Hans-Rudolf Merz herzlich zu seiner Glanzwahl.



Felix Gutzwiller überreicht Annemarie Huber-Hotz Blumen für ihren grossartigen Einsatz als abtretende Bundeskanzlerin.



Gratulation zwischen Siegern.



Blumen für den Bundespräsidenten überreicht von Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz.

Bundespräsidentenfeier

Pascal Couchepin ist Bundespräsident 2008

Die FDP gratuliert ihrem Bundesrat Pascal Couchepin zur Wahl zum Bundespräsidenten. Damit wird er in diesem Jahr den Bundesrat bereits zum zweiten Mal führen. Für dieses Unterfangen wünscht ihm die FDP viel Erfolg.

Dank Bundesrat Pascal Couchepin hat die Schweiz in diesem Jahr einen Bundespräsidenten mit dem Format eines Staatsmanns. Dass er diese Aufgabe nach 2003 zum zweiten Mal mit Bravour meistern wird, steht ausser Zweifel. Dank seinem politischen Gespür kann es ihm gelingen, die Schweiz auf dem internationalen Parkett erfolgreich zu vertreten und gleichzeitig innenpolitisch Akzente zu setzen.

Unter der Führung von Pascal Couchepin hat der Bundesrat ein Legislaturprogramm vorzubereiten, das die Herausforderungen der

kommenden vier Jahre aufgreift und konkrete Massnahmen aufzeigt. Dabei hat der Gesamtbundesrat die Verpflichtung, als Team mit einem gemeinsamen Ziel aufzutreten. Zentral wird auch die angekündigte Reform der Departemente sein. Dank dieser Reform sollen Synergien genutzt und die Effizienz der Regierung gestärkt werden.

Für die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen wünscht die FDP Bundespräsident Pascal Couchepin viel Energie, Stehvermögen und Erfolg.



Fulvio Pelli gratuliert Pascal Couchepin im Zug nach Martigny.



So wird ein Bundespräsident gefeiert.



Herzlicher Empfang im Wallis.



Ein Feuerwerk für den Bundespräsidenten.



Chance des Monats

Zukunft der FDP

Nach den eidgenössischen Wahlen und den Bundesratswahlen wurde eine Wahlanalyse erstellt, welche anlässlich der Delegiertenversammlung in Rapperswil vorgestellt wurde. Fulvio Pelli zeigte in seiner Rede deutlich auf, dass die FDP einheitlich und geschlossen auftreten muss und klare Positionen zu vertreten hat. Dazu wurden auch gleich konkrete Massnahmen vorgeschlagen und beschlossen. Die Delegierten der FDP Schweiz haben die Weichen für die Zukunft gestellt – packen wir diese Chance! (Seite 12)

KMU-Steuerreform

In Ihrem Artikel von Stefano Rizzi im letzten Freisinn begründen Sie die Notwendigkeit der Reduktion der Steuerbelastung auf den Dividenden von KMU.

Bis heute ist ja noch nicht sehr viel in der Tagespresse über diesen Punkt der eidg. Abstimmung vom 24. Februar 2008 erläutert worden. Wie ich zu verstehen glaube, soll:

Bei Aktiengesellschaften der Gewinnanteil, welcher per Dividende dem Aktionär ausgeschüttet wird, nur noch zu 50% besteuert werden, insofern er mindestens 10% des AK der Gesellschaft besitzt.

Um diese Veränderung dem Stimmenden schmackhaft zu machen, braucht es schon noch Argumente, die Mehrheit der Stimmenden zu überzeugen. Diese wird nämlich nicht verstehen, warum eine recht kleine Anzahl kapitalkräftiger Aktionäre (verglichen mit dem Gros der normalen Steuerzahler) entlastet werden soll. Um 10% der Aktien eines KMU zu besitzen, muss man schon mehrere Millionen einsetzen können. Da kommt sich der kleinere Aktien-Sparer, welcher vielleicht 50 oder 150 Tausend Franken in Aktien hält und somit nie in die 10%-Anteil-Gruppe kommt, doch etwas stark benachteiligt vor.

Der Grund, sein kleines Geschäft als AG zu gründen, hat diverse Überlegungen. Unter anderem sind dies auch steuertechnische. Wenn ein kleines Unternehmen über viele Jahre hinweg alle Abschreibungsmöglichkeiten genutzt hat, und damit den effektiv erwirtschafteten Gewinn verringern konnte, hat es Steuern gespart. Seine abgeschriebenen Aktiven sind bedeutend höher, als sie in den Büchern erscheinen. Ein möglicher Käufer z. B. bei einer Generationen-Nachfolge sollte nun den effektiven Wert und nicht den Buchwert bezahlen! Die Steuerbehörde hat aber auf diesen Moment der «Wahrheit» gewartet und belastet nun den seit Jahren zurückgehaltenen Gewinn. Eine Steuerrechnung, bei der der Verkäufer vielfach Mühe hat, sie zu begleichen.

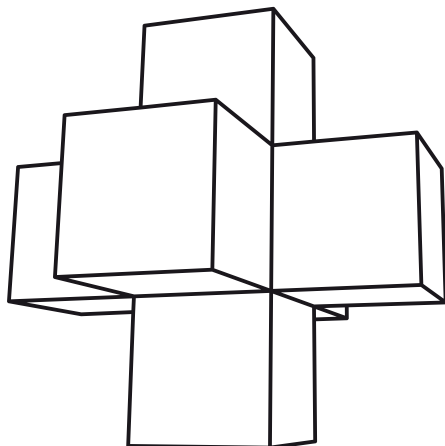
Das Argument, dieses Problem mit dem neuen Gesetz zu mildern, zieht beim Normalbürger nur schwerlich. Er betrachtet das als natürliche Nachzahlung von zurückgehaltenem Geschäftsgewinn aus früheren Jahren.

Vielleicht liege ich falsch, dann lasse ich mich gerne korrigieren.

Leonhard Müller

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136
Neuengasse 20
3001 Bern
gnaegi@fdp.ch



Post-it mit FDP-Logo

Diese praktischen Notizzettel gehören in jedes Büro und in jeden Haushalt.

20x50 Blatt

Preis: Fr. 32.– zuzüglich Porto und Verpackung



Kugelschreiber

Fr. 35.–/50 St.

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Weitere Artikel finden Sie unter: www.fdp.ch/shop

Endlich radikale Vereinfachung – Erfreulicher Durchbruch bei der Mehrwertsteuer

Die FDP begrüsst die Einführung des Einheitssatzes bei der Mehrwertsteuer. Damit wird das System radikal vereinfacht und bürokratische Hürden für Unternehmen werden abgebaut. Dies ist ein aktiver Beitrag zu einer wachsenden Schweiz. Der Bundesrat hat damit eine zentrale Forderung der FDP erfüllt. Die aktuelle Mehrwertsteuer ist kompliziert und enthält zahlreiche administrative Hürden und Ärgernisse für die Mehrwertsteuerpflichtigen. Die FDP hat deshalb eine radikale Vereinfachung dieser Steuer verlangt. Die Unternehmen sollen ihre Zeit und Energie für die Erwirtschaftung höherer Umsätze einsetzen können und nicht für das Ausfüllen der Mehrwertsteuererklärung. Unter der Führung von Finanzminister Hans-Rudolf Merz hat der Bundesrat nun eine tragfähige Lösung mit einem einheitlichen und

tiefen Mehrwertsteuersatz gefunden. Dadurch wird ein wichtiger Schritt hin zu einem transparenteren und einfacheren System gemacht. Neben der Frage des Einheitssatzes muss die Reform auch das Problem der fehlenden Rechtssicherheit lösen. Im aktuellen System ist es nicht möglich, diese Fehler zu vermeiden, denn es können vorgängig keine rechtsverbindlichen Auskünfte gegeben werden,

ob ein gewähltes Verfahren korrekt ist oder nicht. Weil jeder Mehrwertsteuerfall ein Einzelfall ist, hat dies gravierende Auswirkungen. Die FDP will deshalb bei der Mehrwertsteuer mehr Rechtssicherheit schaffen. Steuerpflichtige und Verwaltung sollen gleichlange Spiesse haben. Dadurch werden die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandorts Schweiz verbessert.

hatte der Nationalrat einen Vorstoss zur Einführung der EasySwissTax noch abgelehnt. Die Zustimmung zu den beiden Standesinitiativen zeigt aber, dass die Zeit reif ist, die Reform des schweizerischen Steuersystems zügig voranzutreiben.

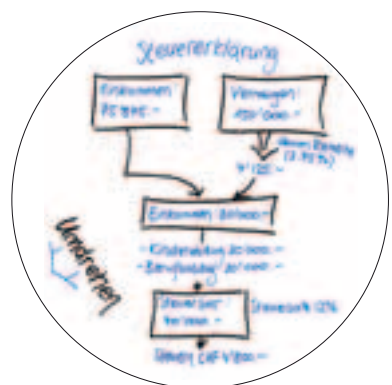
Einfacher ist besser – FDP-Erfolg in der Steuerpolitik

Gegen die Mehrheit der zuständigen Kommission hat der Nationalrat auf Antrag von FDP-Präsident Fulvio Pelli zwei kantonale Standesinitiativen gutgeheissen. Die Initiativen aus den Kantonen Aargau und Solothurn wollen eine grundlegende Vereinfachung der Besteuerung.

Das Steuersystem soll wachstumsfördernd, transparenter und damit auch gerechter ausgestaltet werden. Damit ist der Nationalrat einer zentralen Forderung der FDP nachgekommen: Das schweizerische Steuersystem muss grundlegend vereinfacht werden. Einfacher

bedeutet transparenter und damit für die Bürgerinnen und Bürger auch nachvollziehbarer. Aus diesem Grund hat die FDP das Projekt EasySwissTax lanciert. Dieses fordert eine grundlegende Vereinfachung der Besteuerung natürlicher Personen. In der Herbstsession

hatte der Nationalrat einen Vorstoss zur Einführung der EasySwissTax noch abgelehnt. Die Zustimmung zu den beiden Standesinitiativen zeigt aber, dass die Zeit reif ist, die Reform des schweizerischen Steuersystems zügig voranzutreiben.



Offener Brief an Wirtschaftsministerin Leuthard zur Arbeitslosenversicherung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Im vergangenen Dezember haben Sie einen Vorschlag für die Revision der Arbeitslosenversicherung in die Vernehmlassung geschickt. Diese sieht unter anderem die Erhöhung der Lohnabzüge auf Kosten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern vor. Bereits vor der Veröffentlichung dieses Vorschlags hat sich die FDP klar gegen eine Verteuerung des Faktors Arbeit ausgesprochen.

Die Anfang Woche publizierte Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2007 ist erfreulich tief, und das seco erwartet eine weitere Abnahme. Auch vor diesem Hintergrund ist es falsch, für die Berechnung der Finanzierungsbedürfnisse der Arbeitslosenversicherung eine jährliche Arbeitslosigkeit von 125 000 statt von 100 000 Personen anzunehmen, wie dies in der Vernehmlassungsvorlage gemacht wird. Es würde dadurch ein falsches, defensives Zeichen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gesetzt. Aufgrund der aktu-

ellen Arbeitsmarktsituation hätte das EVD schon längst Massnahmen zur Beseitigung der bestehenden Fehlanreize vorschlagen und das Prinzip der raschen Wiedereingliederung mit Nachdruck umsetzen sollen, damit die Bezugsdauer verkürzt werden kann. Die Sanierung der ALV ist auch ohne Erhöhung der Lohnabzüge möglich.

Im Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss jetzt ein Zeichen gesetzt werden. Ich fordere Sie deshalb im Namen der FDP auf, angesichts der Ausgangslage bei der Revision der Arbeitslosenversicherung auf die Erhöhung der Lohnabzüge zu verzichten.

Mit freundlichem Gruss
FDP Schweiz
Der Präsident
Fulvio Pelli
Nationalrat

Endlich radikale Vereinfachung – Erfreulicher Durchbruch bei der Mehrwertsteuer

Die FDP begrüsst die Einführung des Einheitssatzes bei der Mehrwertsteuer. Damit wird das System radikal vereinfacht und bürokratische Hürden für Unternehmen werden abgebaut. Dies ist ein aktiver Beitrag zu einer wachsenden Schweiz. Der Bundesrat hat damit eine zentrale Forderung der FDP erfüllt. Die aktuelle Mehrwertsteuer ist kompliziert und enthält zahlreiche administrative Hürden und Ärgernisse für die Mehrwertsteuerpflichtigen. Die FDP hat deshalb eine radikale Vereinfachung dieser Steuer verlangt. Die Unternehmen sollen ihre Zeit und Energie für die Erwirtschaftung höherer Umsätze einsetzen können und nicht für das Ausfüllen der Mehrwertsteuererklärung. Unter der Führung von Finanzminister Hans-Rudolf Merz hat der Bundesrat nun eine tragfähige Lösung mit einem einheitlichen und tiefen Mehrwertsteuersatz gefunden. Dadurch wird ein wichtiger Schritt hin zu einem transparenteren und einfacheren System gemacht. Neben der Frage des Einheitssatzes muss die

Reform auch das Problem der fehlenden Rechtssicherheit lösen. Im aktuellen System ist es nicht möglich, diese Fehler zu vermeiden, denn es können vorgängig keine rechtsverbindlichen Auskünfte gegeben werden, ob ein gewähltes Verfahren korrekt ist oder nicht. Weil jeder Mehrwertsteuerfall ein Einzelfall ist, hat dies gravierende Auswirkungen. Die FDP will deshalb bei der Mehrwertsteuer mehr Rechtssicherheit schaffen. Steuerpflichtige und Verwaltung sollen gleichlange Spiesse haben. Dadurch werden die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandorts Schweiz verbessert.

Einfacher ist besser – FDP-Erfolg in der Steuerpolitik

Gegen die Mehrheit der zuständigen Kommission hat der Nationalrat auf Antrag von FDP-Präsident Fulvio Pelli zwei kantonale Standesinitiativen gutgeheissen. Die Initiativen aus den Kantonen Aargau und Solothurn wollen eine grundlegende Vereinfachung der Besteuerung. Das Steuersystem soll wachstumsfördernd, transparenter und damit auch gerechter ausgestaltet werden. Damit ist der Nationalrat einer zentralen Forderung der FDP nachgekommen: Das schweizerische Steuersystem muss grundlegend vereinfacht werden. Einfacher bedeutet transparenter und damit für die Bürgerinnen und Bürger auch nachvollziehbarer. Aus diesem Grund hat die FDP das Projekt EasySwissTax lanciert. Dieses fordert eine grundlegende Vereinfachung der Besteuerung natürlicher Personen. In der Herbstsession hatte der Nationalrat einen Vorstoss zur Einführung der EasySwissTax noch abgelehnt. Die Zustimmung zu den beiden Standesinitiativen zeigt aber, dass die Zeit reif ist, die Reform des schweizerischen Steuersystems zügig voranzutreiben.

Offener Brief an Wirtschafts- ministerin Leuthard zur Arbeitslosenversicherung

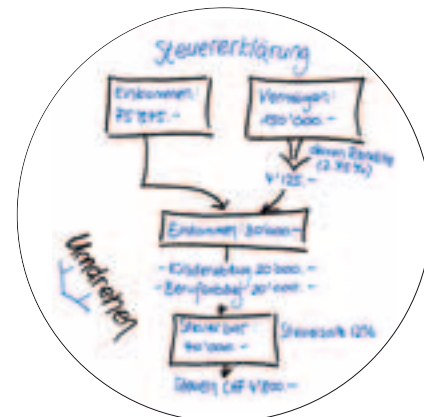
Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Im vergangenen Dezember haben Sie einen Vorschlag für die Revision der Arbeitslosenversicherung in die Vernehmlassung geschickt. Diese sieht unter anderem die Erhöhung der Lohnabzüge auf Kosten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern vor. Bereits vor der Veröffentlichung dieses Vorschlags hat sich die FDP klar gegen eine Verteuerung des Faktors Arbeit ausgesprochen.

Die Anfang Woche publizierte Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2007 ist erfreulich tief, und das seco erwartet eine weitere Abnahme. Auch vor diesem Hintergrund ist es falsch, für die Berechnung der Finanzierungsbedürfnisse der Arbeitslosenversicherung eine jährliche Arbeitslosigkeit von 125 000 statt von 100 000 Personen anzunehmen, wie dies in der Vernehmlassungsvorlage gemacht wird. Es würde dadurch ein falsches, defensives Zeichen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gesetzt. Aufgrund der aktuellen Arbeitsmarktsituation hätte das EVD schon längst Massnahmen zur Beseitigung der bestehenden Fehlanreize vorschlagen und das Prinzip der raschen Wiedereingliederung mit Nachdruck umsetzen sollen, damit die Bezugsdauer verkürzt werden kann. Die Sanierung der ALV ist auch ohne Erhöhung der Lohnabzüge möglich.

Im Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss jetzt ein Zeichen gesetzt werden. Ich fordere Sie deshalb im Namen der FDP auf, angesichts der Ausgangslage bei der Revision der Arbeitslosenversicherung auf die Erhöhung der Lohnabzüge zu verzichten.

Mit freundlichem Gruss
FDP Schweiz
Der Präsident
Fulvio Pelli
Nationalrat



Hindernisse abbauen – Arbeitsplätze schaffen

Zu den politischen Zielsetzungen der FDP gehört es, die Stärken der Schweiz zu erhalten und auszubauen und alles zu unterlassen, was den wirtschaftlichen Erfolg schmälern könnte. Deshalb sind attraktive Steuerbedingungen für Unternehmen ein zentrales Anliegen. Die KMU-Steuerreform auf Bundesebene, über die wir am 24. Februar 2008 abstimmen, bringt in vielerlei Hinsicht Verbesserungen.

Von Nationalrätin Gabi Huber
(FDP Uri)

Die sogenannte Unternehmenssteuerreform II ist auf die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ausgerichtet. In der Schweiz arbeiten über zwei Millionen Menschen in 300 000 KMU. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand.

Diese Betriebe, welche zwei Drittel aller Erwerbstätigen beschäftigen, leiden heute unter zahlreichen steuerlichen Ungerechtigkeiten und administrativen Belastungen. Dem will die KMU-Steuerreform begegnen.

Heute werden Gewinne doppelt besteuert, nämlich sowohl beim

Unternehmen als auch beim Aktionär. Diese Doppelbelastung ist ungerecht und schädlich. Neu sollen Dividenden nur noch zu 60 Prozent bei Beteiligungen im Privatvermögen und zu 50 Prozent bei Beteiligungen im Geschäftsvermögen besteuert werden. Voraussetzung dafür ist eine Beteiligung von mind. 10 Prozent. Bereits 15 Kantone kennen eine solche Milderung der Doppelbesteuerung und haben damit gute Erfahrungen gemacht. Im Kanton Uri haben die Stimmberechtigten bereits im Jahr 2006 eine Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung auf ausgeschütteten Gewinnen und Firmenbeteiligungen um 60 Prozent befürwortet. Im vergangenen November sprachen sich auch die Kantone Zürich und Basel-Land klar für diese steuerlichen Entlastungen aus. Diese Entlastungen nützen vor allem neuen Unternehmen, fördern Investitionen und schaffen damit Arbeitsplätze.

Besonders stossend wirkt sich das Steuersystem heute bei der Unternehmensnachfolge oder bei Umstrukturierungen aus. Hohe Steuerforderungen erschweren den Verkauf oder die Neuausrichtung eines Betriebs. 57 000 Unternehmen sind in den nächsten fünf Jahren mit der Nachfolgefrage konfrontiert. Die KMU-Steuerreform deblockiert diese Nachfolgeregelungen. Zudem werden Innovationen ermöglicht und Arbeitsplätze gesichert. Vorgesehen ist nämlich eine mildere Besteuerung der Liquidationsgewinne. Mit der Ausweitung der Ersatzbeschaffung soll dem Unternehmensnachfolger eine flexible Neuausrichtung des Betriebs ermöglicht werden. Sodann wird die



Gabi Huber

Weiterführung des Betriebs durch einzelne Erben erleichtert, indem die Besteuerung der stillen Reserven beim Erbgang aufgeschoben wird.

Die FDP setzt sich für Wohlstand durch Wachstum ein. Die KMU-Steuerreform ist ein Mittel dazu. Denn sie schafft Anreize, um in schweizerische Unternehmen zu investieren. Davon profitieren alle: Angestellte, Aktionäre und Betriebe. Sie wird also nur Gewinner hinterlassen.

Für Arbeitsplätze und Lehrstellen.

I ♥ KMU

KMU-Steuerreform
KMU-Komitee «JA zur Unternehmenssteuerreform». www.kmu-steuerreform.ch

24. Februar JA



Aufbruch in die Zukunft

In Rapperswil haben die Delegierten der FDP Schweiz die Weichen für die Zukunft gestellt. Der Tenor war klar: Die FDP soll einheitlich und geschlossen auftreten und klare Positionen vertreten. Dazu wurden auch gleich konkrete Massnahmen beschlossen.

Mehr als 250 Delegierte fanden den Weg nach Rapperswil, um über die künftige Ausrichtung der FDP zu

diskutieren. Zahlreiche engagierte Voten zeigten dabei, dass die Freien für eine liberale Schweiz

kämpfen und dafür auch innerhalb der Partei die optimalen Voraussetzungen schaffen wollen. Eine ent-

sprechende Resolution wurde einstimmig beschlossen (siehe Kasten). Mit der Umsetzung dieser



Die Resolution wurde vom Vize-Präsidium vorgestellt.



Einstimmiges JA zur Resolution «Zukunft der FDP Schweiz».

Resolution zur Zukunft der FDP

Anlässlich der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 19. Januar 2008 haben die Delegierten einstimmig folgende Beschlüsse gefällt.

1. Die FDP ergreift eine Herausfordererstrategie.
Dies bedeutet, dass sich die FDP in zentralen Fragen frühzeitig positioniert und diese Position auch gegen externe Widerstände aufrechterhält.
2. Die FDP fokussiert sich auf wenige Kernthemen.
3. Die FDP tritt schweizweit einheitlich auf.
Dies beinhaltet zum Beispiel eine einheitliche Webseite und allgemein die Einhaltung der CI/CD-Vorgaben.
4. Die FDP baut eine gemeinsame Adressdatenbank auf.
Dadurch kann jedes Parteimitglied innert kürzester Zeit mit aktuellen Informationen beliefert werden.
5. Für die Wahlen 2011 führt die FDP einen einzigen, gemeinsamen nationalen Wahlkampf.



Annemarie Huber-Hotz



Fraktionschef Felix Gutzwiller ging mit gutem Beispiel voran.

Massnahmen wird die FDP erkennbarer und schlagkräftiger.

Herzliche Würdigung

Im Rahmen der Delegiertenversammlung wurde auch Annmarie Huber-Hotz offiziell von der Partei für ihre Tätigkeit als Bundeskanzlerin gewürdigt. Während acht Jahren hatte sie dieses Amt mit viel Um-

sicht, Kompetenz und dem nötigen Fingerspitzengefühl ausgeführt. Dafür erntete sie von den Delegierten eine stehende Ovation.

Delegierte spenden freisinniges Blut

Spende Blut – rette Leben. Dieses Motto haben sich die Delegierten zu Herzen genommen. Gegen

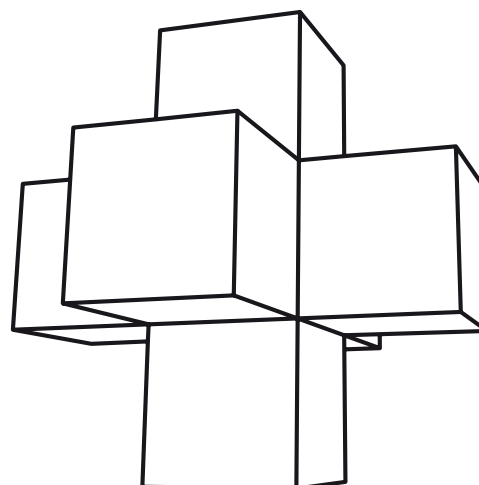
die aktuell schweizweite Blutreserven-Knappheit wollten die Freisinnigen etwas tun. Die Delegierten hatten in Rapperswil die Möglichkeit, Blut zu spenden. In der Hochschule Rapperswil wurde vom

Schweizerischen Roten Kreuz kurzfristig ein Blutspendezentrum eingerichtet. Die Aktion wurde gut aufgenommen und stiess auf Anklang.

Ja zur gerechten Unternehmenssteuerreform

Überzeugend und verständlich hat Bundesrat Hans-Rudolf Merz nachgewiesen, dass die Unternehmenssteuerreform nicht nur wichtig und sinnvoll ist, sondern auch gerecht. Bürokratische Hürden werden abgebaut und die ungerechte Doppelbelastung der Unternehmer beseitigt.

Die Delegierten der FDP haben bereits im vergangenen Sommer einstimmig die Ja-Parole zur Unternehmenssteuerreform II gefasst.



Nein zur Abschaffung der Luftwaffe

Die Delegierten der FDP Schweiz haben die Volksinitiative «Gegen Fluglärm in Tourismusgebieten» einstimmig abgelehnt. Diese Initiative würde die Existenz der schweizerischen Luftwaffe gefährden.



Stehende Ovation für Annmarie Huber-Hotz.



Fulvio Pelli bei seiner kämpferischen Rede.

Rücktritt der Präsidentin

Marianne Dürst gibt «flamme radicale» weiter

Nach sieben Jahren tritt Marianne Dürst als Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz zurück. Die engagierte Glarner Regierungsrätin hat die freisinnigen Frauen zu einer selbstbewussten und meinungsstarken Kraft innerhalb der Mutterpartei geformt. Die FDP-Frauen Schweiz danken Marianne Dürst ganz herzlich für ihren lustvollen und unermüdlichen Einsatz für die Frauen und den Freisinn!

Von Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz

Freisinn: Marianne Dürst, Sie haben im Dezember darauf verzichtet, für die Nachfolge von Ständerat Fritz Schiesser zu kandidieren. Nun treten Sie als Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz zurück. Ist Ihnen die nationale Politik verleidet?

Marianne Dürst (lacht): Ganz und gar nicht. Ich stehe den FDP-Frauen seit bald sieben Jahren vor. Es waren spannende und gleichzeitig fordernde Jahre, die ich um keinen Preis missen möchte. Für mich ist nun aber die Zeit gekommen, die «flamme radicale» an eine motivierte Nachfolgerin weiterzugeben. Ich will einer neuen FDP-Exponentin ermöglichen, diese interessante nationale Plattform zu nutzen. Ausserdem hat mir die Glarner Bevölkerung eine grosse Herausforderung anvertraut. Mir obliegt die



Marianne Dürst – schön selbstbewusst.

Neuorganisation der heutigen Gebietskörperschaften in drei neue Gemeinden. Dieses kantonale Jahrhundertprojekt erfordert meinen vollen Einsatz. Ich bin überzeugt, dass der Gemeindefusion im Kan-

ton Glarus Pioniercharakter für die ganze Schweiz zukommen wird.

Sie haben die FDP-Frauen als einzige liberale Frauenlobby der Schweiz profiliert. Erstmals haben die FDP-Frauen unter Ihrer Leitung einen nationalen Wahlkampf geführt. Sind Sie zufrieden mit dem Abschneiden «Ihrer» Frauen?

Absolut. Erstens sind sämtliche bisherigen Mandatsträgerinnen im Amt bestätigt worden. Zweitens haben unsere Frauen allesamt Spitzenenergebnisse erzielt. Und drittens konnten wir mit Doris Fiala, Corina Eichenberger und Sylvie Perrinjacquet die Frauendeputation im Nationalrat ausbauen. Darauf bin ich sehr stolz.

Wäre nicht mehr drin gelegen?

Wenn ich das Verhältnis von Miteln und Ertrag betrachte, so bin ich sehr zufrieden. 2003 waren es

vor allem die liberalen Frauen, welche die Zeche für die zunehmende Polarisierung zu zahlen hatten. Wir erlebten einen dramatischen Einbruch und eine schmerzliche Verkleinerung der Frauendeputation. Diesen Trend konnten wir jetzt klar umkehren. Unsere Frauen wurden von den Wählerinnen und Wählern sehr bewusst unterstützt. Unsere Botschaft und gleichzeitig Aufforderung «Jetzt liberale Frauen wählen!» ist innerhalb und ausserhalb der Partei gehört worden. Nichtsdestotrotz hatte ich in einzelnen Kantonen mehr erwartet.

Böse Zungen behaupten, der Wahlkampf der FDP-Frauen sei mehr «Schein als Sein» gewesen. Was sagen Sie diesen Kritikern?

Wir sind im Wahlkampf sachpolitisch engagiert und gleichzeitig positiv und lustvoll aufgetreten. Sehr bewusst haben wir uns auf wenige



Verbündete: Marianne Dürst konnte stets auf die Unterstützung von FDP-Vize Léonard Bender zählen.



Marianne Dürst redete stets Klartext – zum Beispiel anlässlich des Wahl-Kick-Off in Lausanne 2007.

klare Themen – gemischte Teams in Politik und Wirtschaft sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – konzentriert. In diesen Bereichen sind wir seit vielen Jahren aktiv und auch erfolgreich. Ich erinnere nur an die Offensive «Blockzeiten für die ganze Schweiz» oder jüngst die Idee der Betreuungsgutscheine. Was ist falsch, diese zentralen Anliegen lustvoll an die Frau (und an den Mann) zu bringen? Unser Wahlauftritt in Lausanne war ein Event der Extraklasse. Mit dem Film «schön selbstbewusst» und dem vorangegangenen Casting konnten wir einen tollen Schlusspunkt setzen. Die Medien haben breit darüber berichtet. Ich bin überzeugt: Wer nicht wagt, gewinnt nicht! Verschiedene freisinnige Männer haben mir übrigens attestiert, dass die FDP wohl besser abgeschnitten hätte, wenn alle einen so aktiven Wahlkampf wie die FDP-Frauen geführt hätten.

Wenn Sie auf Ihre Präsidentschaftsjahre zurückblicken, welches sind die Tops und Flops Ihrer Präsidentschaft?

Ein Highlight war sicher das Ja zum Mutterschaftsurlaub. Nachdem es uns gelungen ist, dem sogenannten «Modell Triponez» zunächst parteiintern zum Durchbruch zu verhelfen, haben wir

FDP-Frauen die bürgerliche Kampagne geführt. Wir haben also massgeblich dazu beigetragen, einen Jahrzehnte alten Verfassungsauftrag mit einer durch und durch liberalen Lösung zu erfüllen. Auch auf die von uns lancierte Idee der Betreuungsgutscheine bin ich stolz. Die FDP hat die Idee im Positionspapier «Gerechte Schweiz» aufgenommen. Der Bundesrat hat die entsprechenden Finanzierungsgrundlagen geschaffen und Pilotprojekte sind in Vorbereitung. Eine Enttäuschung war natürlich die Nichtwahl von Christine Beerli in den Bundesrat.

In der Zwischenzeit sitzen drei Frauen im Bundesrat. Der Anteil der Frauen in der Wirtschaft wächst. Braucht es die FDP-Frauen überhaupt noch?

Ich bin überzeugt, dass das Potenzial der liberalen Frauen noch längst nicht ausgeschöpft ist. Jetzt gilt es, den Schwung in die kommenden kantonalen Wahlen mitzunehmen. Ebenfalls ist vorgesehen, die Kooperation mit den Frauen der Liberalen Partei in neuer Form voranzutreiben. Es wäre auch schön, wenn wir unsere Stellung in der Westschweiz ausbauen könnten. Und die Wahl einer «eigenen» Bundesrätin bleibt erklärtes Ziel der FDP-Frauen Schweiz!



Immer einen Schritt voraus – Marianne Dürst motivierte die Freisinnigen für den Frauenlauf.

Einladung zur Generalversammlung am 1. März in Chur

Stossen Sie mit uns auf Marianne Dürst und die FDP-Frauen an! Programm und Anmeldung zur Generalversammlung unter www.fdp-frauen.ch. (BP)



Ihre Stimme zählt!

Die **Wahl der neuen Präsidentin** erfolgt am **1. März 2008** anlässlich der Generalversammlung in Chur. Die Findungskommission bestehend aus Ständerätin Christine Egerszegi-Obriest (AG), alt Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz

(BE) sowie Lise Delaloye (VS), Gemeindepräsidentin Ardon und «Top-Frau» bei den Nationalratswahlen 2007 unterbreitet der Generalversammlung einen Wahlvorschlag. (BP)



Jungfreisinn goes Appenzell

Am 16. Februar 2008 findet in Herisau die Gründungsfeier der Jungfreisinnigen Appenzell statt. Als Festredner wird Bundesrat Hans-Rudolf Merz auftreten.

Gemäss Andrea Caroni, Mitinitiator und designierter Präsident der Jungfreisinnigen Appenzell Ausser rhoden, wollen die Jungfreisinnigen den politisch interessierten Appenzellerinnen und Appenzellern im Alter bis zu 35 Jahren eine Alternative zu den bestehenden Parteien bieten. Die Anliegen und Bedürfnisse dieser Generation müssen erkannt und mehr als heute in die Politik eingebracht werden. Es sollen auch Eintrittsbarrieren in die Politik abgebaut werden. Bereits jetzt haben sich über 40 Personen gefunden, die sich für die Jungfreisinnigen Appenzell Ausser rhoden engagieren wollen.

Gründungsfeier mit Bundesrat Merz

Die Gründungsfeier findet am 16. Februar 2008 ab 11 Uhr im Kantonsratssaal Herisau statt. Als Gast dabei sein werden neben Bundesrat Hans-Rudolf Merz unter anderem Nationalrätin Marianne Kleiner, Ständerat Hans Altherr, Landammann Jakob Brunnschweiler, Kantonsratspräsident Arthur Sturzenegger, die Delegierten der Jungfreisinnigen Schweiz mit ihrer Präsidentin

Lena Schneller, Lukas Reimann (SVP) sowie weitere nationale Jungpolitiker der Bundesratsparteien.

Nach einem Referat von Bundesrat Hans-Rudolf Merz findet der Gründungsakt – eine feierliche Unterzeichnung der Statuten – mit prominenten Taufpaten statt. Im Anschluss an den Gründungsakt wird mit junger Appenzeller Musik und einem Apéro riche gefeiert.

Grösste Jungpartei der Schweiz

Die Gründung der Jungfreisinnigen Appenzell Ausser rhoden ist auch für die Jungfreisinnigen

Schweiz ein historisches Ereignis. Sie sind die einzige Jungpartei der Schweiz, die nun in allen Kantonen ausser im Kanton Appenzell Inner rhoden vertreten sind, und dürfen sich damit auch weiterhin als grösste Jungpartei der Schweiz bezeichnen.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, an der Feier teilzunehmen. Anmeldungen werden unter sekretariat@jungfreisinnige.ch entgegengenommen. Im Anschluss an die Feier findet der ordentliche Delegiertenrat der Jungfreisinnigen Schweiz statt.

Der Kanton St. Gallen braucht mehr Jungfreisinnige

Erklärtes Ziel der Jungfreisinnigen ist ein Sitz in der St. Galler Pfalz. Nicht unmöglich, wenn man sich vor Augen hält, dass bei den Wahlen vor vier Jahren in der Region Wil nur wenige Stimmen zur Eroberung eines Mandats gefehlt haben. Damals hat die FDP dank Hilfe der Jungfreisinnigen ein Restmandat erobert. Nun soll der jungen Garde das Glück zufallen.

Von Christoph Landolt, Co-Präsident JFSG

Mit viel Schwung und 13 hoffnungsvollen Kandidatinnen und Kandidaten treten die Jungfreisinnigen in fast allen Wahlkreisen des Kantons zur Wahl an.

Nach einem konsequenten Aufbau während der letzten Legislaturperiode stehen die Jungfreisinnigen mit einer erfreulich aktiven Mitgliederbasis da. Nachdem die JFSG zu den Nationalratswahlen mit zwei vollen Listen angetreten sind, konzentriert sich die gemäss St. Galler Tagblatt «liberalste Partei des Kantons» bei den kantonalen Wahlen darauf, in der Region Wil einen Sitz zu erobern und in den andern Wahl-

kreisen gute Resultate zu erzielen, so dass in vier Jahren, wenn es zu einer grösseren Flurbereinigung kommen dürfte, überall junge Kandidaten in Position sein werden.

Verkleinerung des Kantonsrats

Nachdem im letzten Jahr eine entsprechende Volksinitiative der FDP grossmehrheitlich angenommen wurde, wird der Kantonsrat in diesem Jahr erstmals nur mehr 120 Mitglieder zählen. Zuvor sasssen 180 Volksvertreter in der kantonalen Legislative, was dazu führte, dass die Professionalität litt und das Parlament zu einer Schwatzbude verkam. Durch die einmalige Verkleinerung ist aber auch klar,



Von links: René Wettstein, Andreas Kunz, Nick Baer, Michael Kunz, Patricia Härtsch, Mario Breu, Stefan Chan.

dass nicht viele Sitze vakant werden.

Dennoch rechnen sich die JFSG Chancen aus, ein Mandat zu er-

obern. Insbesondere im Wahlkreis Wil-Untertoggenburg, wo die JFWU schon vor vier Jahren mit einer eigenen Liste antraten und einen Sitz



Von links: Ronnie Ambauen, Raphael Frei, Christoph Landolt.

im Kantonsrat nur haarscharf verfehlt haben, dürfte mit etwas Glück ein Sitz drinliegen.

Jungfreisinnige Politik tut not

Trotz einer attraktiven Grenzlage vermag der Kanton St. Gallen wenig Profit aus der Nähe zu Österreich und Süddeutschland zu ziehen. Zwar hat ein erfreulicher Steuerwettbewerb Druck auf die Steuervögte in allen Ostschweizer Kantonen gemacht und das Parlament hat einen ersten Schritt zur Senkung der Einkommenssteuern gemacht, um konkurrenzfähig zu bleiben, muss aber auch an der Steuerfront weiterhin gekämpft werden, insbesondere weil die südlichen Nachbarn im Kanton Graubünden bei Unternehmensansiedlungen immer wieder tief in die protektionistische Trickkiste greifen.

Natürlich steht im rural geprägten Kanton St. Gallen für die Jungfreisinnigen auch weiterhin der Kampf gegen die Landwirtschaftssubventionen im Mittelpunkt. Gerade in einer Zeit, wo fünf der zwölf St. Galler Nationalräte von der SVP gestellt werden und der Landwirtschaftslobby dementsprechend weiterhin das Geld anderer Leute zuschanzen wollen, ist es wichtig, dass die JFSG als ordnungspolitisch kompromisslose Kraft immer wieder Aufklärungsarbeit betreiben und präventiv gegen ein noch tieferes Absinken der ländlichen Regionen in die staatliche Protektion vorgehen. Schon jetzt ist der Brain drain aus der Peripherie in die Zentren inner- und ausserhalb des Kantons besorgniserregend gross. Mit dem Slogan ‚Bildung statt Butter‘ wollen die JFSG die Weichen so stellen, dass der Kanton zu den Ge-

winnern der Globalisierung gehört und in Kinder statt Rinder investiert. Dabei ist nicht auszuschliessen, dass die Erfordernisse der Wissensgesellschaft zusätzliche Mittel nötig machen. Primär aber steht für die JFSG Qualitätssteigerung durch Effizienz im Vordergrund. An der Universität St. Gallen etwa liegt die Durchfallquote nach zwei Semestern bei ca. 50%. Anstatt sich derartige Überkapazitäten zu leisten, könnte dieses Geld auch für anderes ausgegeben werden.

Petition für wirtschaftliche Grundbildung

Die Jungfreisinnigen der Region Werdenberg-Sarganserland sammeln indessen Unterschriften für

die Petition «Für ein obligatorisches Fach ‚Wirtschaft und Recht‘ ab der ersten Oberstufe». Die Initianten haben erkannt, dass immer mehr überwiegend junge Leute in die Schuldenfalle geraten und schlecht mit Geld umgehen können. Der frühzeitige verantwortungsbewusste Umgang mit Finanzen könnte diesem Problem Abhilfe verschaffen. Unterschreiben deshalb auch Sie die Petition unter www.jfws.ch!

Gut möglich, dass die Einführung eines solchen Fachs erst in einigen Jahrzehnten richtig Früchte trägt. Dann nämlich, wenn die Etatisten und Staatsausbauer von morgen einige Lektionen Ökonomie hinter sich hätten und zur Vernunft kommen.

Einladung zum Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz

Der nächste ordentliche Kongress der Jungfreisinnigen Schweiz findet vom 15. bis 16. März 2008 im Tessin statt.

Die Jungfreisinnigen Tessin haben für diesen Anlass ein reiches Programm auf die Beine gestellt. Das offizielle Programm beginnt am Samstagmorgen mit einer Führung durch die drei berühmten Burgen von Bellinzona. Nach einem kleinen Mittagessen findet der statutarische Teil des Kongresses statt. Speziell in diesem Jahr ist sicherlich die Statutenänderung, die eine Fusion der Jungfreisinnigen mit den Jungliberalen ermöglichen soll. Ein weiteres Highlight wird auch dieses Jahr die Verleihung des INNOVATION AWARD sein, mit welchem die Jungfreisinnigen originelle Ideen im Bereich der politischen Kommunikation und Aktion sowie frisches Denken mit neuen Lösungsansätzen fördern wollen. Jede Sektion ist eingeladen, Projekte, die zwischen dem 1. Januar 2007 und dem 1. Februar 2008 lanciert wurden, zu präsentieren. Da vergangenes Jahr aufgrund der Wahlen ein spezielles Jahr war, werden wir den diesjährigen INNOVATION AWARD in zwei Kategorien vergeben: Zum einen in der Kategorie a: bestes Wahl-Projekt und b: bestes Projekt aus der laufenden Parteiarbeit. Dossiers können bis spätestens 1. März 2008 elektronisch (innovation@jungfreisinnige.ch) oder per Post (Jungfreisinnige Schweiz, Postfach 6845, 3001 Bern) eingereicht werden. Weitere Informationen zum INNOVATION AWARD finden sich unter www.jungfreisinnige.ch.

Den Abschluss des offiziellen Teils bildet eine Podiumsdiskussion zum Thema «Kulturen und Sprachen in der Schweiz – Anekdoten und Probleme eines mehrsprachigen Landes» mit Stefano Rizzi als Moderator. Ein traditionelles Abendessen in der Nähe von Locarno und das Nachtleben von Bellinzona runden den ersten Kongresstag ab. Am Sonntagmorgen steht eine Besichtigung von Mendrisio mit anschließender Weidegustation und einem typischen Mittagessen auf dem Programm. Wir hoffen, möglichst viele Jungfreisinnige im Tessin be-



Andrea Schwarber, Rheintal



Andreas Schwarz, Werdenberg



Michael Helbling, See-Gaster



Vincenz Rentsch, St. Gallen

kmuNEXT mobilisiert für die KMU-Steuerreform

Dieser Tage mobilisiert der Verein kmuNEXT die Klein- und Mittelbetriebe. Mit einem persönlichen Schreiben werden gegen 300 000 KMU-Inhaber aufgefordert, Kleinplakate und Abstimmungskleber bei kmuNEXT zu beziehen und unter den Mitarbeitenden, Kunden und Lieferanten für ein Ja des am 24. Februar 2008 zur eidgenössischen Volksabstimmung gelangenden Reformpakets zu werben. Doch wer ist kmuNEXT?

Geburtshelfer der mittlerweile grössten Fördervereinigung für Unternehmensnachfolgen bei KMU war ein Bundesgerichtsentscheid über die sog. indirekte Teilliquidation im Juni 2004. Es zeichnete sich danach eine eigentliche Blockade von Tausenden von Unternehmensnachfolgen ab. Otto Inei-

chen und der heutige Geschäftsführer Max Nägeli taten sich zusammen und gründeten im Jahre 2005 kmuNEXT. Die Vereinigung bezweckt die Förderung eines sozialen Unternehmertums, die Unterstützung von Unternehmensnachfolgen sowie die Verbesserung damit zusammenhängender, gesetzlicher und

steuerlicher Rahmenbedingungen. Die inzwischen stark gewachsene Organisation war zusammen mit anderen Verbänden massgeblich an der vorgezogenen Normierung der Steuerärgerisse indirekte Teilliquidation und Transponierung sowie im Gesetzgebungsverfahren der aktuellen KMU-Vorlage beteiligt. Mit Unterstützung der Mobiliar, der BDO-Visura, zahlreicher Banken und weiterer Wirtschaftspartner ist kmuNEXT mit ihrer Informations- und Kommunikationsplattform www.kmunext.ch heute Themenführerin auf dem Gebiet von Nachfolgeregelungen und führt den bedeutendsten elektronischen Marktplatz für Unternehmensübertragungen (www.nextmarket.ch). Gegenwärtig entsteht in der Romandie die Schwesterorganisation pmeNEXT.

Generationenwechsel

kmuNEXT setzt sich deshalb so engagiert für die Reformvorlage ein, weil das heutige Steuersystem die KMU ausgerechnet im heiklen Moment des Generationenwechsels massiv behindert. Wenn ein

Mitarbeiter die Firma seines Chefs übernehmen will und für den Kauf ein Darlehen benötigt, auferlegt ihm der Fiskus bei der Amortisation und Verzinsung sehr hohe Steuern. Bei Kapitalgesellschaften wird der Gewinn nämlich zweimal besteuert: Zuerst beim Unternehmen mit der Gewinnsteuer und danach beim Aktionär mit der Einkommenssteuer. Dadurch verbleiben von einem Franken Unternehmensertrag heute weniger als 50 Rappen für die Rückzahlung. Aufgrund dieser horrenden Besteuerung können fähige Jungunternehmer das Engagement nicht eingehen und viele KMU finden keinen Nachfolger.

Entlastungsmassnahmen

Die KMU-Steuerreform bringt zahlreiche Entlastungsmassnahmen sowohl für die Inhaber der KMU-Betriebe als auch für die KMU selbst. Eigentlich ist nur die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung von ausgeschütteten Gewinnen bei Kapitalgesellschaften umstritten. Im unbestrittenen Teil

5 Gründe für die KMU-Steuerreform

- KMU-Fokus
- Hindernisse abbauen
- Impulsprogramm für Wachstum und Arbeitsplätze
- Mehr Steuergerechtigkeit
- Kantone unterstützen die KMU-Steuerreform, da die finanzielle Belastung massvoll ist und die Steuerautonomie gewahrt bleibt.

enthält die Vorlage nämlich ein wichtiges Massnahmenpaket zugunsten von Einzelfirmen und Personenunternehmen bei Nachfolgen und Umstrukturierungen. Dazu gehört die Aufschiebung der Besteuerung bei Übernahme einer Firma durch einzelne Erben. Eine andere Massnahme mildert die Liquidationsgewinnsteuer von Selbständigerwerbenden ohne Altersvorsorge bei definitiver Betriebsaufgabe oder -übergabe. Weiter werden künftig auf Antrag die stillen Reserven von Geschäftsimmobilien bei Betriebsaufgabe erst besteuert, wenn die Liegenschaft tatsächlich veräussert wird und auch Geld fliesst.

Die KMU-Steuerreform bringt für praktisch alle KMU und deren Inhaber in irgendeiner Form steuerliche Verbesserungen. Die Vorlage dient dem Erhalt der KMU über den Ge-

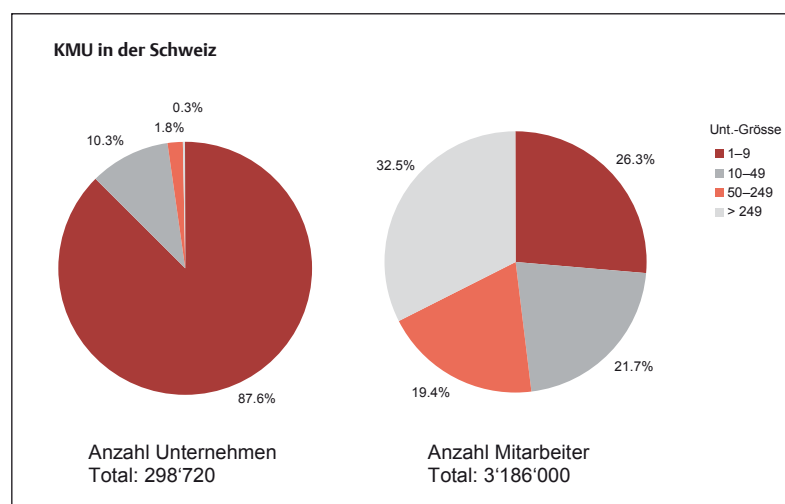
nerationenwechsel hinaus und sichert somit auch die rund 2,4 Mio. Arbeitsplätze und Lehrstellen.

Massvolle und ausgewogene Reform für starke KMU

Kleine und mittlere Unternehmen stehen im Fokus der Unternehmenssteuerreform II. Die Reform setzt dort an, wo der Druck für KMU am grössten ist. Investitionen werden erleichtert, steuerliche Hindernisse behoben und die betriebliche Nachfolge vereinfacht. Die positiven Impulse für die Schweizer Wirtschaft liegen auf der Hand: Die Reform schafft Wachstum und Arbeitsplätze.

Rückgrat der Schweizer Wirtschaft

Die Schweizer Wirtschaft ist «KMU-dominant». 99,7 Prozent der Schweizer Unternehmen sind KMU.

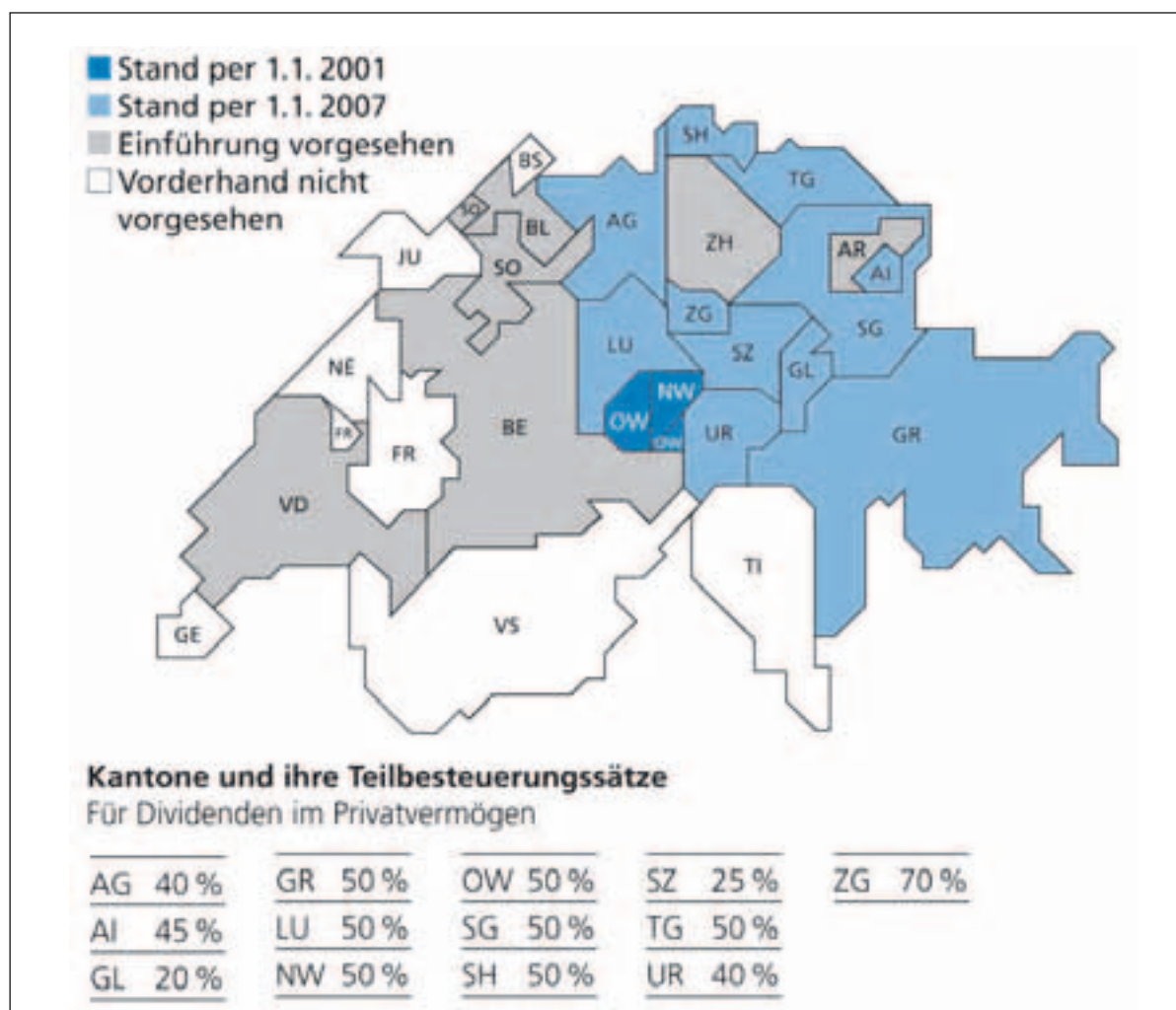


Sie beschäftigen über zwei Millionen Angestellte – mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen in der Schweiz. Zahlreiche KMU wenden neue Technologien erfolgreich an und investieren kräftig in Forschung und Entwicklung. Der Schweizer

Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung hängen darum massgeblich vom Beitrag der KMU ab.

Die ganze Schweiz gewinnt

Von der KMU-Steuerreform profitieren nicht nur die kleinen und mittleren Unternehmen und ihre Beschäftigten, sondern die gesamte Schweizer Wirtschaft, die öffentlichen Finanzen und unsere Sozialwerke. Es ist Zeit, dass der Bund endlich nachvollzieht, was in der Mehrzahl der Kantone schon gängige Praxis ist.



Übersicht Sitzverteilung in den ständigen Kommissionen

Finanzkommission (FK)

NR	SR
Markus Hutter	Hans Altherr
Fabio Abate	Didier Burkhalter
Marianne Kleiner	Rolf Schweiger
Martine Brunschwig Graf	Vakanz Schiesser

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

NR	SR
Isabelle Moret	Hans Hess
Christian Wasserfallen	Peter Briner
Oliver François	Helen Leumann
Corina Eichenberger	

Aussenpolitische Kommission (APK)

NR	SR
Walter Müller	Peter Briner
Martine Brunschwig Graf	Dick Marty
Christa Markwalder	Felix Gutzwiller
Laurent Favre	

Staatspolitische Kommission (SPK)

NR	SR
Kurt Flury	Christine Egerszegi
Edi Engelberger	Rolf Büttiker
Isabelle Moret	Peter Briner
Hugues Hiltbold	Vakanz Schiesser

Kommission für Rechtsfragen (RK)

NR	SR
Kurt Fluri	Rolf Schweiger
Christa Markwalder	Dick Marty
Gabi Huber	Hans Hess
Christian Lüscher	

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK)

NR	SR
Ruedi Noser	Helen Leumann
Sylvie Perrinjaquet	Didier Burkhalter
Otto Ineichen	Vakanz Schiesser
Doris Fiala	

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)

NR	SR
Claude Ruey (Gesundheit)	Felix Gutzwiller
Pierre Triponez (Soziale Werke)	
Ignazio Cassis	Christine Egerszegi
Marianne Kleiner	Erika Forster
	Hans Altherr

Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK)

NR	SR
Werner Messmer	Rolf Büttiker
Jacques Bourgeois	Erika Forster
Filippo Leutenegger	Rolf Schweiger
Fulvio Pelli	

Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK)

NR	SR
Johann Schneider-Ammann	Erika Forster
Charles Favre	Helen Leumann
Philipp Müller	Rolf Schweiger
Georg Theiler	Dick Marty

Sicherheitspolitische Kommission (SIK)

NR	SR
Edi Engelberger	Didier Burkhalter
Corina Eichenberger	Hans Altherr
Walter Müller	Felix Gutzwiller
Peter Malama	

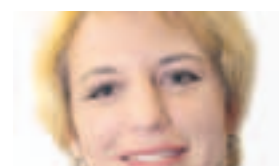
Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF)

NR	SR
Jean-René Germanier	Hans Hess
Tarzisius Caviezel	Rolf Büttiker
Gabi Huber	Christine Egerszegi
Markus Hutter	

Mitarbeitende im Generalsekretariat FDP Schweiz, Fraktion und Politik



- Jon A. Fanzun – Fraktionssekretär**
- Leitung Bereich Fraktion und Politik
 - Aussenpolitische Kommission (APK)
 - Sicherheitspolitische Kommission (SIK)



- Petra Studer – Politische Sekretärin**
- Stellvertretung Bereich Fraktion und Politik
 - Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)
 - Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK)



- Philip Kristensen – Politischer Sekretär**
- Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK)
 - Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK)
 - Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF)



- Lukas Breunig – Politischer Sekretär**
- Staatspolitische Kommission (SPK)
 - Rechtskommission (RK)
 - Finanzpolitische Kommission (FK)

Luftwaffe

Nein zur Abschaffung der Luftwaffe

Die Initiative beabsichtigt ein Verbot von Kampffjetflügen über touristisch genutzten Erholungsgebieten. Sie bezweckt vor allem den Schutz des sich in der Nähe des Flugplatzes Meiringen befindenden Hotels Giessbach, das einer Stiftung des Initianten Franz Weber gehört.

**Von Corina Eichenberger,
Nationalrätin AG**

Die Schweiz ist so kleinräumig, dass sich dieses Verbot faktisch auf die ganze Schweiz ausdehnt und somit Übungsflüge der Luftwaffe über dem ganzen Land unmöglich macht. Schwierig zu definieren sind zudem die touristisch genutzten Erholungsgebiete. Die Luftwaffe trainiert in drei Lufträumen über den Ostalpen, dem Raum Berner Oberland–Wallis und dem grenzübergreifenden Gebiet im französisch schweizerischen Jura; der restliche Luftraum über der Schweiz wird vom zivilen Luftverkehr beansprucht.

Die Lärmimmissionen der Kampffjets in Tourismusgebieten sind ein untergeordnetes Problem verglichen mit der massiven Lärmbelastung rund um den Flughafen Zürich. Massnahmen gegen die Lärmbelastung, die natürlich für die Menschen in der Umgebung des Militärflugplatzes besonders gross ist, sind in den stark betroffenen Ge-



Corina Eichenberger

bieten bereits Realität. Die Behörden der Gemeinden und der Flugplätze haben gemeinsam Lösungen gefunden, die die Lärmbelastung wesentlich reduziert haben. So fin-

den Nachtflüge zwischen März und Oktober einmal in der Woche statt und die Zeiten während des Tages sind genau festgelegt. Zudem nimmt die Luftwaffe in diesen Gemeinden auf spezielle Ereignisse wie beispielsweise Beerdigungen Rücksicht. Die Piloten trainieren an Simulatoren und im Ausland; diese Trainings ersetzen jedoch Übungs-

flüge im topografisch schwierigen Gelände der Schweiz über den Alpen nicht. Zu den Kernaufgaben der Armee gehört auch die Gewährleistung der Souveränität und Neutralität unseres Landes, aber auch in Friedenszeiten nimmt die Luftwaffe bestimmte Aufgaben als Luftpolyzei bei der Überwachung des Luftraumes und des zivilen Flugverkehrs über der Schweiz wahr. Bei erhöhter Bedrohungslage verteidigt die Luftwaffe den eigenen Luftraum gegen Angriffe verschiedenster Art (z. B. terroristische Angriffe). Wird die Initiative angenommen, so kann die Luftwaffe diese verfassungsmässigen Aufgaben nicht mehr oder zumindest nicht in genügendem Mass erfüllen, sodass auch Gefahr besteht, dass die Abhängigkeit von ausländischen Nachbarn grösser wird. Durch Annahme der Initiative wäre die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe ebenso wie die Sicherheit des zivilen Luftverkehrs gefährdet. Die Gefährdung der Luftwaffe wiederum zieht auch eine Gefährdung der Existenz der Armee nach sich, deshalb ist diese Initiative abzulehnen.



Agenda

Februar 2008

- 1.–2. Fraktionsseminar
- 22. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 23. PPK
- 24. Eidg. Abstimmungen

März 2008

- 3.–20. Frühjahrssession
- 6. Geschäftsleitung

Ins neue Jahr mit neuen Terminen

Erdteil in englisch, italienisch u. spanisch	du und ich BR Merz im Tierkreis (10.11.42)			Moneten technisches Tierkreis- zeichen			noch im- mer eine höfliche Anrede	schuf den juliani- schen Kalender		französ. Artikel für Mehreres		hat das Sagen im Kloster	Sternzei- chen des VBS-Chefs (08.01.47)
				Januar- wasser brüllt im Tierkreis				Hügelzug a. Zünsee Joggeli- Tschuttstadt					
hat der Greifvogel, aber auch die Katze			2				Gartenteil E. Widmers Sternzei- chen (16.3.)					Leuenber- gers Stern- zeichen (21.09.46)	
soll neue Flugzeuge bekommen		... save the Queen gedeiht im Speck				fasst Hektoliter lateinische Nachschrift					ich für frz. Verben Hollywood- stadt	1	
					Stadt für Turmstudie Nachbar von Goldau					franz. od. ital. Fürwort harte Wand			
per annum, das Jahr hindurch				Aquarius im Tierkreis CH Fern- sehinitialen					4				
				5		Schnaps- mass mieser Schnaps		Badezim- mer oder auch Bezirk			Autozei- chen ennét dem Kanal		
Sternbild d. Bundesräte L(10.4.63)u. C(5.4.42)				Tech.Fach- hochschule Helvetias Autozeichen			3	singt leich- te Arien Tessinertee, kein Merlot!					
bleibt noch im Norden, diese Münze		schießt auch als Sternbild	6								China oder ein Ruderclub		
griechisch- göttliche Kriegsgur- gel	hilft dem Meister nach der Lehre			nach kalter Nacht am Auto frei zu kratzen	Fische und Widder prägen die- sen Monat		abgekürzte Strasse	vor allem Aesop liess hier Tiere sprechen			Teil des Heeres Doktor im Titel		
		11		spanische Monate				singen mit Händen in den Hosen- taschen		nach dem Schmollis leichtes Ballongas		brüllt mächtig im Tierkreis	
quert den Fluss ohne Schiffs- motor	2008 mit 366 Tagen						10				Schweiz. Homöopa- thische Ge- sellschaft		
						trägt der Richter fort, weg aus London				8	macht Mo- ritz heilig kalter Auto- finken		
Maurer oder Gott- heils Knecht	uralter Aussatz Rohstoff für Metalle						antike Ora- kelstadt eidg. Ver- sicherung						
			9	stehen wohl zwei- eig im Tierkreis	7						12		
					die AG in GE Cäsars Gruss				unseres Ermessens oder nur ein Umlaut				
Michelines Stern (8.7. 45) imRück- wärtsgang		leicht und locker wie für Eng- länder					schrieb Ro- mane über das Leben in d. Waadt						

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Preise:

1.-3. Preis:

Je ein Bücher-Gutschein im Wert von Fr. 30.-

So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 18. Februar 2008 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Ihrer Adresse an:

Generalsekretariat FDP
«Freisinn»-Rätsel
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

EINE SOLIDARITÄTS- PATENSCHAFT

für die Zukunft der Kinder



Terre des hommes

021/654 67 67

Terre des hommes, En Budron C8,
1052 Le Mont-sur-Lausanne
E-mail info@tdh.ch

Gratisinserat

Kinderhilfe - www.tdh.ch

Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 10/07

Sternstunden

S	L	R	B	S								
A	H	N	U	N	G	O	U	E	S	T		
R	A	I	K	K	O	E	N	E	N	I		
T	U	R	N	E	T	H	S	T	A	H	L	
E	G	T	E	T	C	R	U					
T	R	I	E	B	I	H	O	M	E	R		
L	S	T	U	R	M	G	E	W	E	H	R	
E	I	D	U	N	S	P	U	N	N	E	N	
F	N	A	D	A	L	Z	E	M				
M	E	L	O	N	E	A	K	A	B	R	I	
I	T	S	I	N	N	E	A	N				
G	E	R	I	P	P	E	A	L	B	U	L	A
R	A	Z	E	L	A	B	S	L	U	R		
N	R	A	C	L	E	T	T	E	E			
P	A	K	I	S	T	A	N	E	D	U	K	T
P	E	R	E	Z	O	H	R	T	A	T		
T	O	N	E	R	B	E	R	N	E	T	E	

Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 10/07 lautete: Sternstunden

Bis zum Redaktionsschluss sind 298 richtige Antworten bei uns eingegangen. Lukas Breunig, neuer Mitarbeiter des Generalsekretariates, zog folgende Gewinner/innen:

1. Preis

– Herrn Jean Kellenberger, Pilgerweg 19, Postfach 403, 8803 Rüschlikon.

2. Preis

– Herrn Hansueli, Grunder, Fuchshubelstrasse 23, 3063 Ittigen.

3. Preis

– Frau Margrit Kalt-Arnet, Zugerbergstrasse 39a, 6314 Unterägeri.
Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehnmal jährlich in einer Auflage von über 70 000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Die Insertionstarife sind wie folgt:

Grösse	Preis pro Ausgabe
1/1	5000 Fr.
1/2	2500 Fr.
1/4	1400 Fr.
1/8	650 Fr.
1/16	400 Fr.

Rabatte

bei 3 Ausgaben: 5%; bei 6 Ausgaben: 10%; bei 10 Ausgaben: 15%

Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-
gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30

Herzlich willkommen



Lukas Breunig spielte «Glücksfee» für das Freisinn-Rätsel.

Das Generalsekretariat, Bereich Fraktion und Politik, hat Verstärkung erhalten.

Lukas Breunig hat seine Tätigkeit als politischer Sekretär im Januar aufgenommen.

Wir wünschen ihm bei seiner Arbeit viel Erfolg und heissen ihn im Team herzlich willkommen.

Auf Wiedersehen



Sébastien Leprat

Sébastien Leprat, Zuständiger für die Westschweizer-Kantonalparteien, hat das Generalsekretariat Mitte Januar verlassen. Am 21. Januar hat er seine Arbeit als persönlicher Mitarbeiter von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf aufgenommen. Wir wünschen ihm alles Gute und viel Erfolg im Bundeshaus.

Anlass

Parteitag und Delegierten- versammlung in Bern

**Unbedingt in Ihrer
Agenda eintragen
und folgendes
Datum reservieren:**

**18/19. April 2008
Weitere Informationen
folgen**



Luftwaffe abschaffen?

Anti-Luftwaffen-Initiative

NEIN